

und zwar die Herren Graf Tsch. v. Salm-Reifferscheidt, Wolfshant, Victoria Mathias, Hercules und Dablbach.

Berlin. Nach einer Essener Meldung des Berliner Lokalanzeigers ist damit zu rechnen, daß heute Montag der Streik allgemein wird, wenn bis dahin die verhafteten Bergwerksdirektoren und leitenden Zeichenbeamten nicht freigelassen sind.

#### Die Thossenschen Arbeiter.

Düsseldorf. Unter Führung des Regierungspräsidenten Dr. Grünher begaben sich Vertreter der Angestellten und Betriebsräte der Thossenschen Werke aus Hamborn und Mülheim a. d. Ruhr, sowie je ein Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften zur französischen Besatzungsbehörde, um auf Beschluß von 65 000 Arbeitern und Angestellten wegen sofortiger Freilassung Fritz Thossens, sowie wegen sofortiger Wiedereröffnung der Reichsbankstellen vorstellig zu werden. Da weder General Degoutte noch General Simon zu erreichen war, gingen die Vertreter zum General Denvignes, der infolge Ueberanstrengung unpäßlich war. Sie wurden von dem Obersten Requier empfangen. Die Betriebsräte forderten Ueberreichung einer schriftlichen Erklärung mit energischen Worten die unverzügliche Freilassung Fritz Thossens. Der Oberst konnte mangels Vollmachten nur Erklärungen entgegennehmen. Hiermit begnügten sich aber die Betriebsräte und die Gewerkschaftler nicht, und es entspann sich eine längere, an dramatischen Zwischenfällen reiche Aussprache. Die Betriebsräte forderten unbedingt, in kürzester Zeit General Degoutte als verantwortliche Person zu sprechen, und legten der französischen Regierung die Verantwortung für alle Folgen auf, wenn General Degoutte nicht vor nächsten Montag 6 Uhr morgens, für welchen Termin ein einstimmiger Beschluß der gesamten Besatzungsbehörden der Berg- und Hüttenwerke vorliegen würde, die Freilassung Thossens angeordnet habe. Besondere Entrüstung erregte die Bemerkung des Obersten, daß die Bestrafung Thossens milde ausfallen würde, wenn die Arbeiter bei der Arbeit blieben.

Sodann verlangten die Arbeiter mit aller Entschiedenheit die sofortige Wiedereröffnung der Tätigkeit der Reichsbankstellen, und zwar ohne daß diese Wiedereröffnung von der Verpflichtung der Direktoren und der Angestellten zur Mitwirkung bei der Erhebung der Kohlensteuer und der sonstigen ungeschlichen neuen französischen Anordnungen abhängig gemacht werde. Die Betriebsräte umfassen Angehörige sämtlicher Parteien und Gewerkschaftsrichtungen.

#### Streik auf dem Dortmunder Bahnhof.

Dortmund, 21. Jan. Infolge eines örtlichen Eingriffs der Franzosen auf dem Bahnhof Dortmund, wo ein Oberbahnhofsleiter von den Franzosen verhaftet wurde, sind heute morgen 5 Uhr die Beamten des Hauptbahnhofs Dortmund in den Streik getreten. Der gesamte Betrieb auf dem Bahnhof Dortmund ist stillgelegt. Die aus Berlin kommenden Züge müssen umgeleitet werden und gelangen erst mit mehreren Stunden Verspätung an ihren Bestimmungsort.

Stingl verlangt unbeugsamen Widerstand gegen rechtswidrige Anordnungen.

Berlin, 21. Jan. Der Reichspostminister hat auf Grund des Auftrags der Reichsregierung und der Landesregierungen Preußens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs vom 20. Januar alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichspost- und Telegraphenverwaltung angewiesen, rechtswidrigen Anordnungen der Besatzungsbehörde ohne Rücksicht auf die eigene Person unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Den Betroffenen wird volle Schadloshaltung zugesichert.

### Lloyd George kritisiert Poincaré.

#### Die Folgen der Ruhrbesetzung.

Der frühere englische Premierminister, der sich nach parlamentarischem Gebrauch jetzt zum Wortführer der Opposition aufgeschwungen hat, kritisiert seine Meinung mit besonderer Vorliebe auf die französische Reparationspolitik, gegen die er in seiner Amtszeit als Ministerpräsident schon lange und leider erfolglos ankämpfte. In einem höchst bedeutungsvollen Zeitungsartikel wendet er sich jetzt scharf gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet und sagt darüber u. a. folgendes:

„Dies ist der falsche Weg zu Reparationen. Er leitet genau in die entgegengesetzte Richtung. Es besteht kein Zweifel, daß es der Weg zum Ruin der deutschen Industrie ist. Niemand gewinnt, jeder wird durch diesen Schritt verlieren. Die ganze Welt, deren Industrie in immer größerer Schwierigkeit gerät, das in Verzweiflung versetzt wird, für Frankreich, Belgien, Italien oder andere noch von geringstem Nutzen sein? Es ist nicht ausgeschlossen, daß infolge dieses Schrittes Deutschland auseinanderfällt. Ich weiß, daß man dies erhofft. Die Franzosen rechnen sich noch immer nach den Zeiten zurück, da Sachsen, Bayern und Württemberg Verbündete, ja fast Vasallen Frankreichs gegen Preußen waren. Diese Hoffnung hat den dritten Napoleon in den Untergang geführt. Noch einmal lockt sie Frankreich in das sichere Verderben. Diese Politik wird Frankreich keine Zukunft bringen. Sie verdrängt jede Hoffnung auf Reparationen in der unmittelbaren Gegenwart. Es wird kein Deutschland mehr geben, das zahlen kann. Es würde ein aussichtsloser Versuch sein, Zahlung von jedem der einzelnen Staaten zu erlangen. Und die Erhöhung der Sicherheit? Nichts kann die Deutschen dauernd getrennt halten. Am geeigneten Augenblick werden sie sich unter günstigeren Bedingungen wieder vereinigen, befreit von äußerer und innerer Versklavung. Frankreich wird seine Reparationen verloren haben und dafür den Haß eines unerschrockenen Feindes eintauschen, der sich fürchterlicher als zuvor. Der Schritt des Reichskanzlers Cuno sündigt das Erwachen des Geistes der Empörung an, der sicher an Kraft zunehmen wird. Früher oder später wird er sich ungenannt äußern und Deutschland wird unvermeidlich zu verwerflichen Schritten getrieben werden.“

Lloyd George erörtert dann diesen Gedanken näher im besonderen Hinblick auf die Gefahr, daß durch französische Gewaltmaßnahmen nur der Bolschewismus in Deutschland großgezogen wird, und daß früher oder später ein deutsch-russisches Zusammenarbeiten aus dem russischen Reich den stärksten Staat Europas und Asiens machen werde. Diese Entwicklung ist eine besondere Sorge der Engländer. Leider sind die Gedankengänge Lloyd Georges zunächst nur diejenigen eines Oppositionsmannes, aber sie sind so klar und überzeugend, daß sie wohl auch auf die Politiker, die heute für den Kurs der englischen Regierung verantwortliche sind, ihren Eindruck nicht verfehlen und somit ein englisches Eingreifen gegen Poincarés Bahnsinnspolitik beschleunigen dürften.

### Ungerechtfertigte Preistreibern.

#### Eine amtliche Warnung.

Durch den ökonomischen Einbruch eines französisch-belgischen Heeres ist die schon so stark entwertete deutsche Mark auf einen Bruchteil ihrer bisherigen Geltung herabgeworfen.

In unmittelbarem Zusammenhang damit zeigen sich jähe Preissteigerungen von außerordentlicher Höhe auf allen Warengebieten. Für die Bevölkerung, von der nur ein verschwindend kleiner Teil in der Lage war, sich mit Vorräten zu versehen, bedeutet diese Preissteigerung eine unerträgliche Belastung. Weiten Kreisen nimmt sie die Möglichkeit, sich weiterhin auch nur mit den dringendsten Lebensbedürfnissen zu versehen. Zugleich aber birgt die augenblickliche Lage die Gefahr in sich, daß die eingetretenen schweren Störungen des Wirtschaftslebens von einzelnen Elementen wucherisch zu eigenem Vorteil ausgenutzt werden. Soweit dies geschieht, ist es eine der dringendsten Aufgaben der Behörden, die bestehenden gesetzlichen Machtmittel gegen Wucher, Schiebertum und Warenzurückhaltung rücksichtslos anzuwenden.

Zu Hause, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, Ehrverlust, Polizeiaufsicht, Unterfangung des Handelsbetriebes, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinns sowie Brandmarzung des Täters durch Urtellsveröffentlichung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafdrohungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Unzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden. Die Reichsregierung ist mit den Landesregierungen in dem Willen einig, jede wucherische Ausbeutung der gegenwärtigen Notlage von dem Volk mit aller Kraft abzuwehren.

## Neueste Meldungen.

#### Boykott effässicher Textilwaren.

Hannover. Der Verein der Großhändler und Fabrikanten der Textilindustrie und verwandten Branchen in Hannover hat beschlossen, während der Dauer der widerrechtlich vorgenommenen Besetzung des Ruhrgebietes keine effässigen Textilfabrikanten entgegenzunehmen. Auch wurde eine an den Reichswirtschaftsrat gerichtete Entschließung gefaßt mit der Aufforderung, die Einfuhr aller Textilwaren aus Frankreich und Belgien während der Dauer der Besetzung zu verbieten, oder, wenn dies nach dem Friedensvertrag nicht zulässig ist, doch zollfreie Einfuhr effässiger Textilwaren aufzuheben.

#### Die französische „Anturnation“.

DA Hannover. Ein französischer Kriegsgefangener hatte sich in einem Dorfe im Kalenberger Lande in Hannover eine Braut angeschafft, die als Magd auf dem Hofe tätig war, wo er während seiner Gefangenenschaft arbeitete. Das Verhältnis führte zum Ehebunde. Der Franzose nahm seine junge Frau nach der Heimkehr mit, und beide waren glücklich. Der Ortsbehörde seines Wohnortes in Frankreich war die deutsche Frau ein Dorn im Auge. Der Franzose war wohl oder übel gezwungen, in die Heimat der Frau zurückzufahren. Er hat nun Arbeit in einem Schachte im Kalenberger Lande gefunden.

#### Die Haltung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet.

London. Der „Daily Telegraph“ bringt eine Äußerung von Vorwärts-Redakteur Friedrich Stampfer über die Haltung der deutschen Arbeiterschaft in der Frage der Ruhrbesetzung. Stampfer erklärt: „In der Presse ist die Frage aufgeworfen, weshalb die Arbeiterschaft nicht in den Generalstreik getreten ist. Es ist nicht wahr, daß die Amsterdamer Internationale sich für den Fall der Ruhrbesetzung für einen Generalstreik geschlossen hat. Der Streik sollte nur erklärt werden, falls es zu einem Konflikt zwischen französischen Truppen und deutscher Reichswehr kommen würde. Eine kommunistische Bewegung im Ruhrgebiet kommt gar nicht in Frage. Alles, was wir von der Arbeiterschaft in England erhoffen, ist, daß wir Kohlen von dort kriegen und Frankreich nicht. In diesem Zusammenhang werden in etwa einer Woche englische Arbeiterführer in Berlin erwartet, mit denen wir zu wichtigen Beratungen zusammenzutreten werden.“

#### Zuschuß gegen streikende Eisenbahner.

Remscheid. In Harrison in Arkansas wurden zwei der streikenden Eisenbahner, die von der Bevölkerung beschuldigt wurden, Eisenbahnbrücken in Brand gesteckt zu haben, von der Menge ausgeführt. Ein Hotelbesitzer wurde aus seinem Hotel herausgeholt und ausgepeitscht. Der Bürgermeister der Stadt S. S. Schute mußte auf die Forderung der wütenden Menge, weil er sich gegen die Zuschüsse wandte, von seinem Posten zurücktreten und wurde mit Peitschen aus der Stadt getrieben. Nachmittags wurden die Bureau der Eisenbahnarbeiter-Union gekürrt, geplündert und verbrannt. Der Schahmeister der Union war nicht anwesend, doch wurden seine Frau und seine Kinder ebenfalls aus der Stadt verjagt.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 22. Januar 1923.

### Mitteilungen aus der Ratsitzung

vom 18. Januar 1923.

Kenntnis wird genommen 1. von zwei größeren Spenden seitens Handelstreibender, 2. von einer Einladung zur Versammlung der freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegserlebten, 3. von der Wahl des 1. Vorstehers, seines Stellvertreters und des Schriftführers der Stadtverordneten, 4. von der am 8. Januar 1923 erfolgten Revision der städtischen Kassen, die keinen Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen gegeben hat, 5. von der Erhöhung der Erwerbslosenlöhne und der Notstandsunterstützung für Sozialrentner, 6. von der Erhöhung der Feuerungszuschüsse an die Beamten und Arbeiter und der Auszahlung der erhöhten Beträge zugestimmt. 7. Es wird beschlossen, dem Kassenprüfungsverband „Eibtal“ beizutreten. 8. Die Inwegfallstellung der Pfennigbeiträge wie bei den Staatskassen soll auch bei den städtischen Kassen durchgeführt werden. 9. Von den Ausschüßwahlen durch die Stadtverordneten nimmt man Kenntnis. Soweit Ratsmitglieder in Frage kommen, sieht man von einer Neuwahl ab. Die Ausschüsse bleiben demnach wie bisher zusammengefaßt nur mit Ausnahme des Preisprüfungsausschusses, dessen Zusammenfassung man wie folgt beschließt: Warenzeuger; Fabrikbesitzer Sinemus, Gutsbesitzer G. Runge, Handel; Kaufmann Piehch, Gewerbetreibende; Bäckermeister Schubert, unparteiische Sachverständige und Verbraucher; Ortsrichter Verlach, Stadtd. Schumann, Lagerhalter Stadtd. Neumann und Tischler Gabler. 10. Das Gesetz des Hofes Görner um Uebertragung der Schankkonzession wird einstimmig genehmigt. 11. Die Fürsorgeunterstützungsätze werden ab 14. Januar 1923 um 100 Proz. erhöht. 12. Die Gebühren für die Leichenfrau werden anderweit wie folgt festgesetzt: Erwachsende 1200 M., Kinder bis zu einem Jahre 400 M., Kinder von 1—14 Jahren 600 M., bei Beerdigung auf Armenlosten Kinder bis zu 14 Jahren 300 M., bei über 14 Jahre alten Personen 600 M. 13. Das Rindungsgesetz der Horteleiterin Frä. Herz für 31. März d. J. wird genehmigt. Ob der Hort in der bisherigen Weise weiter bestehen bleiben soll, darüber soll zunächst der Kinderhortauschuß gutachtlich geäußert werden. 14. Das Entlassungsgesetz des Lehrlings Carjen, um anderweit eine Stelle als Beamtenanwärter annehmen zu können, wird

für Ende Februar 1923 genehmigt. 15. Dem Festtag Schöndach wird ab 1. April 1923 die zur Zeit unbesetzte Beamtenanwärterstelle übertragen. 16. Die Entschädigung an Nachwächter Lehmann wird zeitgemäß erhöht. 17. Mit der Einführung der kommunalen Totenbestattung ist man grundsätzlich einverstanden. Es soll aber zunächst der von der Regierung angeforderte Gesetzentwurf über die Einführung der Zwangsversicherung abgewartet werden. 18. Der Lichtstrom wird ab 1. Januar 1923 auf 300 M. und der Kraftstrom auf 290 M. erhöht. 19. desgl. der Wasserzins auf 30 M. pro Kubikmeter. 20. Zur Einführung eines Poststempelstempels beschließt man mit Mehrheit einen Stempel mit folgender Prägung anfertigen zu lassen: Wilsdruff, die Stadt der Möbelindustrie im romantischen Saubachtale. — Hierüber wurden noch 23 Punkte erledigt.

Winterfreuden. Der starke Schneefall in den letzten Tagen hat den Weg zu winterlichen Freuden ausgiebig geebnet. Der gestrige Sonntag war ein edler und rechter Sportsonntag. In jeder kleinen Anhöhe tobte unsere Jugend. Rodeln, Schneeschuhlaufen u. dergl. sind die Sportfreuden des Winters, und auch derjenige, der kein Freund eines ausgeprochenen Schneesportes ist, sollte sich zumindest durch ein paar ausgedehnte Wanderungen durch verschneite Fluren und Wälder etwas an der winterlichen Schönheit erquiden, die die Natur uns zurzeit drauhen bietet. Nichts ist gesünder, als ein kräftiges Ausarbeiten der Lunge in der gegenwärtigen dünnen, kalten und klaren Luft. Die Gefahr einer Erkältung ist wenig wahrscheinlich, solange man drauhen im Freien in ständiger Bewegung bleibt und es vor allen Dingen meidet, sich nach dem Warmwerden im Freien in zu kühler Umgebung auszurufen. Dagegen schadet der Wechsel aus dem geheizten Zimmer in die kühle Luft hinaus nichts, sofern man, wie gesagt, die Bewegung dabei nicht vergißt.

Tagesordnung für die Stadtverordnetenitzung Donnerstag den 25. Januar 1923, nach 7 Uhr: 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Bericht über Kassenrevision. Beitritt zu einem Kassenrevisionsverbande. 3. Erhöhung der Beihilfe des Stadtmusikdirektors. 4. Erhöhung der Entschädigung des Fürsorgearztes. 5. Erhöhung der Gebühren der Heimbürgerin. 6. Erhöhung der Entschädigung des Nachwächters. 7. Erhöhung der Entschädigung des Hausmannes im Preßgebäude. 8. Erhöhung der Entschädigung des Hausmanns der Turnhalle. 9. Einrichtung einer elektrischen Lichtanlage im Armenhause. 10. Aufnahme eines Darlehns von 500 000 M. aus Reichskreditmitteln zur Beschaffung von Schulbedarfgegenständen. 11. Erhöhung der Vergütungssteuer (Nachtrag zur Gemeindebesetzungsordnung). 12. Erhöhung des Licht- und Kraftstromes ab 1. Januar 1923. 13. Erhöhung des Wasserzinses. 14. Verschiedenes.

Domopathischer Verein. Die diesjährige Hauptversammlung fand gestern nachmittag im „Löwen“ statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß der Verein auch im letzten Jahre einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen hat. Am Ende des Jahres war er auf 357 angewachsen. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Richter 1. Vorj., Wallas 1. Schriftführer, Ihle stellv. Schahmeister, Bahn Bücherwart, Heise und Käffig Beisitzer. Dem bisherigen 1. Vorsitzenden Heise wurde der Dank des Vereins für seine große Mühewaltung ausgesprochen. Als Versammlungstag wurde der erste Donnerstag jeden Monats bestimmt.

Die Steuerbücher 1922 werden von Beamten des Finanzamtes nächsten Donnerstag von vorm. 10 Uhr ab im Sitzungssaale des Rathauses entgegengenommen. (Bgl. Amtl.)

Einkommen- und Kapitalertragssteuer 1922. Im amtlichen Teile der vorliegenden Nummer wird eine Bekanntmachung des Finanzamtes, Kassen veröffentlicht, betr. die Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommen- und Kapitalertragssteuer für das Kalenderjahr 1922. Wir empfehlen dieselbe geneigte Beachtung.

Arbeitsplan des Landtages. Für die nächste Zeit ist folgender Arbeitsplan aufgestellt worden: Plenarsitzungen sollen nur zwei in der Woche stattfinden, und zwar Dienstags und Donnerstags. Die Dienstagssitzung soll bereits 11 Uhr vormittags beginnen, damit nachmittags Fraktionsitzungen abgehalten werden können. Der Mittwoch ist für die Sitzungen der Ausschüsse vorgesehen.

Neue Gesetzentwürfe. Das Gesamtministerium hat in der Sitzung vom 19. Januar beschlossen, dem Landtage folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. über Pflichten der Beamten und Lehrer und über Änderungen des Dienststrafrechts; 2. über eine Erhöhung der Grundsteuer; 3. über Aushebung geistlicher Feriendrucke.

Zum Amtshauptmann von Freiberg ist auf Beschluß des Gesamtministeriums der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnetenvorsteher Johannes Schirmer in Pirna ernannt worden.

Vorkläufig keine Kürzung der Polizeistunde in Sachsen. Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, ist an den bis jetzt gültigen Vorschriften über die Polizeistunde vorkläufig nichts geändert worden. Die Entscheidung über eine etwaige Herabsetzung der Polizeistunde wird wahrscheinlich am Montag fallen.

Vorauszahlung der Umsatzsteuer. Wer umsatzsteuerpflichtig ist, hat innerhalb des Monats Januar d. J. bei dem zuständigen Finanzamt für das Kalenderjahr Oktober bis Dezember 1922 die vereinnahmten umsatzsteuerpflichtigen Entgelte in einer Gesamtsumme als Voranmeldung anzugeben und den sich hieraus ergebenden Steuerbetrag (2 Prozent der vereinnahmten Entgelte) als Vorauszahlung abzuführen. Die Vorauszahlung kann mittels Zahlkarte bewirkt werden. Zahlreiche Steuerpflichtige sind ihrer Vorauszahlungspflicht für die ersten drei Kalendervierteljahre (Januar 1922 bis September 1922) bisher nicht oder nicht genügend nachgekommen. Uebersteigt die für die Umsätze 1922 veranlagte Steuer den Gesamtbetrag der bis zum 31. Januar 1923 gezahlten Vorauszahlungen um mehr als 20 Prozent, so erhöht sich von anderen Nachteilen abgesehen, die Steuer in jedem Fall um 10 Proz. dieses überschüssigen Betrages. Die Steuerpflichtigen können diesen Nachteil vermeiden, wenn sie die bisher nicht oder nicht in genügender Höhe bewirkten Vorauszahlungen mit der im Januar fälligen Vorauszahlung leisten.

Ein Zwanzigmarkstück 70 000 Mark. Der Anlauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 22. bis 29. Januar zum Preise von 70 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 35 000 Mark für ein Fehnamarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und die Post erfolgt vom 22. Januar ab bis auf weiteres zum 150fachen Betrage des Nennwertes.

3 Millionen Mark Porto für einen Brief. Auf einen Brief, der von Ausland nach Deutschland geht, muß man jetzt 3 Millionen Mark Porto anwenden. — Hoffentlich werden wir in Deutschland vor einer solchen Entwicklung bewahrt!

Das Zeitungssterben. Die Not der Presse macht auch vor Parteiorganen nicht halt. Die „Sachsenstimme“, das Organ der Deutschen Volkspartei in Sachsen, stellt jetzt ebenfalls ihr Erscheinen ein.

Der verlorene Daumen. Das städtische Polizeiamt zu